

1 **Beschluss der BDKJ-Diözesanversammlung I/99**
2 **vom 12. - 14. März 1999 in Ensdorf**
3

4
5
6 **Förderung der Integration ausländischer Mitbürger/-innen**
7

8
9 **Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand**

10
11 **Die BDKJ-Diözesanversammlung beschließt:**
12

13 Der BDKJ-Diözesanverband Regensburg begrüßt die Absicht der neuen Bundesregierung,
14 das Staatsbürgerrecht zu verändern.

15 Ziel des Gesetzes ist die Erleichterung der Einbürgerung. Damit stellt es langfristig einen
16 Beitrag zum inneren Frieden dar. Wir betrachten es als einen sinnvollen Schritt, dass die
17 Regierung den in Deutschland geborenen Kindern von Ausländer/-innen die deutsche
18 Staatsbürgerschaft verleiht und ihnen auf diese Weise ein klares Integrationsangebot macht.
19 Damit erfüllt das Gesetz wichtige Forderungen des BDKJ-Beschlusses „Reform des Auslän-
20 der/-innen-Rechts“ (DV II/97).
21

22 Die von den Betroffenen bis zum 23. Lebensjahr anstehende Entscheidung für eine Staats-
23 bürgerschaft sehen wir als problematisch an. Die Absicht mit diesem Instrument die Integra-
24 tion zu fördern, wird damit in Frage gestellt. Denn eine erfolgreiche Integration ist in Zukunft
25 anscheinend dann gescheitert, wenn dieser Personenkreis sich gegen eine deutsche
26 Staatsbürgerschaft entscheidet. Eine derartige Sichtweise wäre verkürzt und hätte fatale
27 Folgen.
28

29 Die BDKJ-Diözesanversammlung stellt fest: Jahrzehntelang haben sich zahlreiche ausländi-
30 sche Mitbürger/-innen bemüht, in der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Häufig waren ihre Be-
31 mühungen mit Rückschlägen und Enttäuschungen verbunden. Viele kamen nach Deutsch-
32 land mit dem Ziel, später in ihre Heimat zurückzukehren. Über die Jahre hinweg sind sie
33 dabei jedoch einheimisch geworden. Die große Mehrheit der Ausländer/-innen lebt auf Dau-
34 er in Deutschland. Deshalb hat die Gesellschaft ein Interesse daran, dass sich ausländische
35 Mitbürgerinnen ebenfalls aktiv mit einbringen, auch wenn sie sich aus gewichtigen Gründen
36 nicht in der Lage sehen, ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufzugeben.
37

38 Die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft wäre ein längst überfälliges positives Signal
39 dieser Gesellschaft an ihre ausländischen Mitbürger/-innen, das besagt: Ihr seid hier will-
40 kommen.
41

42 Restriktive Ausländergesetze, bürokratische Hürden und nicht zuletzt unbewältigte rechtsex-
43 tremen Ausschreitungen haben jahrelang Abgrenzung zementiert und interkulturelles Zu-
44 sammenleben verhindert. Mehrstaatigkeit ist der Brückenschlag zwischen der Anerkennung
45 der kulturell eigenen Lebensweise und der Möglichkeit, in einem Staat zu leben, ihm gegen-
46 über loyal zu sein und ihn mitzugestalten. Sie ist nicht spektakulär, weder ihm Hinblick auf
47 ihre Umsetzbarkeit noch im internationalen Vergleich.
48

49 Der BDKJ fordert auf über die aktuelle Diskussion zur doppelten Staatsbürgerschaft hinaus
50 an konkreten Schritten zu mehr Integration zu arbeiten, weil dies die einzige Möglichkeit
51 darstellt, über längere Sicht einen gesellschaftlichen Konsens aufrecht zu erhalten.